Bundesratsbeschluss

betreffend

die Wiederinkraftsetzung und Abänderung des Bundesratsbeschlusses über die Allgemeinverbindlicherklärung eines Gesamtarbeitsvertrages für die schweizerische Holzindustrie

(Vom 23. Februar 1949)

Der schweizerische Bundesrat
beschliesst:

Art. 1

Der Bundesratsbeschluss vom 7. Mai 1948*) betreffend die Allgemeinverbindlicherklärung eines Gesamtarbeitsvertrages für die schweizerische Holzindustrie wird wieder in Kraft gesetzt.

Art. 2

Artikel 2, Ziffer 8, Absatz 3, des vorgenannten Bundesratsbeschlusses wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Artikel 2, Ziffer 8, Absatz 3. Jeder Arbeiter hat Anspruch auf bezahlte Ferien nach Massgabe der Dauer der Beschäftigung im betreffenden Jahr:

- a. bei Auflösung des Dienstverhältnisses;
- b. beim Ausbleiben von mehr als 30 Tagen im Jahr für eigene oder anderweitige Arbeiten oder bei Krankheit und Unfall;
- c. bei Betriebseinstellung von mindestens 2 Monaten.

Art. 3

Dieser Beschluss tritt mit der amtlichen Veröffentlichung in Kraft und dauert bis 31. Dezember 1951.

Bern, den 23. Februar 1949.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

E. Nobs

Der Bundeskanzler:

Leimgruber

*) BBl 1948, II, 280.

**Bundesratsbeschluss betreffend die Wiederinkraftsetzung und Abänderung des
Bundesratsbeschlusses über die Allgemeinverbindlicherklärung eines
Gesamtarbeitsvertrages für die schweizerische Holzindustrie (Vom 23. Februar 1949)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1949
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	08
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.02.1949
Date	
Data	
Seite	412-412
Page	
Pagina	
Ref. No	10 036 558

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.